

Zusammenfassung der Antworten der Parteien auf unseren Fragebogen zur Europawahl

http://www.europa-fuer-verbraucher.de/antworten_der_parteien.html

Ausgewählte Schwerpunktthemen: Verbraucherverträge, Energieversorgung, Finanzdienstleistungen, Sammelklagen, Arbeit der Verbraucherorganisationen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Streben einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen mit umfassenden Informationsansprüchen für Verbraucher an.

- Sie stehen dem Richtlinienvorschlag über die Verbraucherrechte wegen der angestrebten Vollharmonisierung kritisch gegenüber.

Sie wollen:

- öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge nicht weiter liberalisieren sondern durch eine Europäische Rahmenrichtlinie einen Schutzrahmen definieren.
- mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt und bessere Information für Verbraucher um den Energieverbrauch senken zu können.
- eine europäische Banken- und Finanzaufsicht und eine Art „Finanz-TÜV“ für neuartige Produkte
- Sammelklagen in allen EU-Staaten.

Die Arbeit der Verbraucherorganisationen wird als unverzichtbar erachtet. Es wird großer Förderbedarf für flächendeckende Beratung insbesondere für Schuldner gesehen. Vom vzbv wünschen sich die GRÜNEN mehr Unterstützung bei der Verbreitung neuer Konsummuster zur Verringerung sozial-ökologischer Konsumfolgen.

CDU/CSU GRUPPE

(Die CDU/CSU hat nur zu ausgewählten Fragen geantwortet)

- Hinsichtlich der RL zu Verbraucherverträgen steht sie dem Ansatz der Vollharmonisierung kritisch gegenüber.
- Sie ist für nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung und setzt sich für eine Öffnung der Energiemärkte ein. Ziel ist eine transparente Preisgestaltung und im besten Fall günstige Preise.
- Angesichts der Finanzkrise hält die CDU/CSU GRUPPE eine umfassende finanzielle Verbraucherbildung für erforderlich. Weiterhin hält sie eine gute Beratung durch Banken, Anbieter und Verbraucherzentralen erforderlich. Sie regt die Entwicklung von Finanzsiegeln an.

- Sie befürwortet den Einsatz sog. Verbands- und Gruppenklagen im Falle der Verletzung des EG-Wettbewerbsrechts oder Kartellrechts. Sie ist jedoch gegen opt-out Sammelklagen oder Strafschadensersatzzahlungen.

DIE LINKE:

Der Verbraucherschutz muss künftig in relevanten Bereichen ausgebaut und weiterentwickelt werden.

- Im Hinblick auf die RL zu den Verbraucherverträgen dürfen deutsche Standards nicht abgesenkt werden, ansonsten wäre Vollharmonisierung jedoch akzeptabel.
- Die Linke ist für den Erhalt öffentlicher Daseinsvorsorge in den Bereichen Energie, Wasser, Bildung und Gesundheit. Im Bereich der Energieversorgung soll die Strom- und Gaspreisaufsicht wieder eingeführt werden, ggf. sind Energieversorgungskonzerne zu rekommunalisieren.
- Sie ist für eine Regulierung der Finanzmärkte in Europa (z.B. Verbot von: Hedge-Fonds, Zweckgesellschaften, Steueroasen und Verbriefungen)
- Die Linke unterstützt grundsätzlich die Einführung der Sammelklage.

Die Arbeit der Verbraucherorganisationen wird als hoch qualifiziert und dringend erforderlich eingeschätzt.

FDP:

Die größte Aufgabe der EU ist es, optimalen Verbraucherschutz zu garantieren, der den Bürgern Vertrauen gibt, EU-weit einzukaufen. Das liberale Verbraucherbild ist geprägt vom Gedanken des mündigen und eigenverantwortlichen Marktteilnehmers. Die FDP plädiert daher in vielen Bereichen für gute Verbraucherinformation, Kostentransparenz und Rechtsicherheit.

- Die FDP setzt sich bei dem Richtlinienvorschlag über die Verbraucherrechte für eine Vereinheitlichung in Kernbereichen wie Informationspflichten und Widerrufsrechten ein. Das hohe Verbraucherschutzniveau soll in Deutschland erhalten bleiben.
- Die FDP setzt sich für sichere, preiswerte und umweltfreundliche Energieversorgung im Wettbewerb ein.
- Sie fordert für Investitionsprodukte vergleichbare Informationen und Kostentransparenz. Das Ungleichgewicht in der Regulierung von konkurrierenden Finanzprodukten wird als problematisch angesehen.
- Ein Sammelklagesystem wird abgelehnt.

Die Arbeit der Verbraucherorganisationen wird als wertvoll erachtet und soll gestärkt und finanziell abgesichert werden. Eine Ausweitung des Internetangebots wird angeregt.

SPD:

Die SPD geht von einem mündigen Verbraucher aus, der in die Lage versetzt werden muss, informierte Kaufentscheidungen zu treffen. Produktbeschreibungen müssen daher lesbar und allgemeinverständlich sein.

Weiterhin befürwortet sie:

- das Bestreben der EU Kommission, Verbraucherschutzstandards in der EU anzuheben; deutsche Standards dürfen aber nicht durch Vollharmonisierung abgesenkt werden.
- die Ausweitung der Energieverbrauchskennzeichnung und der Ökodesignrichtlinie.
- die Einführung von Key Investors Information für Finanzprodukte.
- Sammelklagen in allen EU-Staaten.

Die Arbeit der Verbraucherorganisationen wird als wertvoller Beitrag gesehen um Menschen mehr Alltagssicherheit zu geben. Die Bewältigung der enormen Anfragenwelle im Zuge der Finanzkrise durch die Verbraucherzentralen wird gelobt.